

*Dieses Dokument ist eine Downloadversion zum Abschlussbericht über das Planspiel der
Universität Potsdam in Kooperation mit der Universität Washington,
geschrieben von Carl-Martin Hißler im Wintersemester 2005/2006 an der Universität
Potsdam, Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Fakultät*

1. Einleitung

Im Wintersemester 2005/2006 haben 38 Studenten der Universität Potsdam am Planspiel „Abgeordneter im Parlament – Eine Online-Simulation“ unter der Leitung von Herrn Prof. Dr. Borchert teilgenommen. Die elektronische Plattform (Legislative Simulation)¹ wurde von der Universität Washington gegen eine Nutzungsgebühr bereitgestellt. Ein Planspiel in dieser Form hatte es an der Universität Potsdam vorher noch nicht gegeben, sodass die Simulation der Legislative am Modell des US-amerikanischen Repräsentantenhauses für alle Beteiligten eine neue Herausforderung war und man vor Beginn der simulierten Legislaturperiode sowohl die politischen Prozesse, Verfahrenswege und Entscheidungen als auch den Ausgang der zu entwerfenden Gesetzestexte nicht genau einschätzen konnte.

Simuliert wurde die Tätigkeit eines Abgeordneten im Repräsentantenhaus der Vereinigten Staaten von Amerika. Vor Beginn der Legislaturperiode wurden die Seminarteilnehmer den zwei größten im US-Kongress vertretenen Parteien paritätisch zugewiesen. Aufgrund der zusätzlichen Komplexität wurden die Zweite Kammer, also der US-Senat und der Medienbereich (Presse, Pressekonferenzen) nicht simuliert. Auch der Staatshaushalt wurde nicht simuliert, dafür war es aber erforderlich, bei jedem Gesetzesentwurf eine nachvollziehbare Gegenfinanzierung zu benennen. Bei der Simulation gab es allerdings einen Präsidenten, einen Vizepräsidenten (Seminarleitung) sowie einen vom Seminar gewählten Vorsitzenden des Parlaments (Speaker of the Parliament / Zuständig für die Verfahrensleitung). Ebenso wurden Ausschussvorsitzende und Fraktionsvorsitzende von den jeweiligen Fraktionen gewählt.

Mit diesem Abschlussbericht möchte ich mein Resümee ziehen aus der simulierten Tätigkeit als republikanisches Mitglied des Repräsentantenhauses der Vereinigten Staaten von Amerika und gewählter Fraktionsvorsitzender der Republikanischen Fraktion. Zudem sollen im Bericht Bezüge zur Realität genannt und eigene Erfahrungen im Sinne der sozialwissenschaftlichen

¹ Elektronische Plattform der Universität Washington, Legislative Simulation, URL: <http://www.legsim.org>

Vergleichsanalyse reflektiert werden. Dabei werde ich Bezug nehmen auf den Seminarreader, den Almanach des National Journal² und auf die eigens recherchierte Fachliteratur.

Ferner sollen mit diesem Bericht im Sinne der sozialwissenschaftlichen Analyse die Fragen geklärt werden, ob die verschiedenen Aufgaben des Abgeordneten mit Hilfe der Plattform Legsim sachlich bearbeitet werden konnten und wie Ideen für Gesetzesentwürfe in der Fraktion, den Fachausschüssen (Caucuses) und den Ausschüssen (Committees) objektiv diskutiert und effizient (bezogen auf den politischen Prozess) umgesetzt werden konnten.

Es soll auch geklärt werden, ob die vom Präsidenten genannten Ziele der Regierung (Rede zur Lage der Nation) erreicht werden konnten, ob es zu Schwierigkeiten oder politischen Blockaden gekommen ist, wie sich beide Fraktionen während der Legislaturperiode insgesamt verhalten haben und wie die Zusammenarbeit innerhalb der Republikanischen Fraktion aussah. Überdies soll untersucht werden, ob die eigenen Gesetzesentwürfe und Resolutionen erfolgreich den Weg der Gesetzgebung passieren konnten.

Abschließend werde ich die Arbeit im Parlament sowie den Bezug zur Realität differenziert bewerten und meine persönliche Gesamtbeurteilung abgeben. Hierbei werde ich auch mögliche Verbesserungsvorschläge nennen.

2. Hauptteil

2.1 Rückblick Organisationsphase

Während der ersten Seminarsitzungen wurden die wichtigsten Fragen zum Ablauf der Simulation geklärt. Dabei wurden Begriffe zur realen Tätigkeit eines Abgeordneten aufgezeigt und die Grundverfahrensweisen der parlamentarischen Tätigkeiten wurden näher erläutert. Die Seminarsitzungen wurden zur besseren Übersicht gegliedert in den Seminarmodus, den Parlamentsmodus und den Fraktionsmodus.

Schon vor den ersten Fraktionssitzungen und den Wahlen zum Fraktionsvorsitz bzw. der Ausschussvorsitzenden konnten die Abgeordneten damit beginnen, sogenannte *Caucuses*³ zu unterschiedlichen Themen einzurichten. Sie sind vergleichbar mit Parteiausschüssen. Der wichtigste Ausschuss war für die republikanischen Abgeordneten der „Republican Caucus“, welcher vom Fraktionsvorsitz nach Absprache mit der Fraktion koordiniert wurde. Hier liefen alle wichtigen Informationen zusammen und es ermöglichte den Republikanern, eine eigene Strategie zur politischen Entscheidungsfindung zu entwerfen. Ergebnisse und Protokolle wurden hier festgehalten, Sitzungstermine und Pressemitteilungen bekannt gegeben und über die Vorgehensweise im Parlament und in der Öffentlichkeit beraten. Insgesamt gab es bei der

² The Almanac of American Politics, URL: <http://www.nationaljournal.com/almanac>

³ Caucus: group within party ist vergleichbar mit einem parteiinternen Ausschuss (z.B. für Wahlangelegenheiten)

Republikanischen Fraktion sieben verschiedene Rubriken im Caucus⁴ von denen die Mitglieder der Fraktion hauptsächlich das Fraktionsportal genutzt haben.

Die Republikanische Fraktion wählte Carl-Martin Hißler zum Fraktionsvorsitzenden und Mario Doerwald zum stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden⁵.

Anschließend kam es zur Erstellung einer themenbezogenen Prioritätenliste für die Wahl der Ausschussvorsitzenden und zur Wahl einer vorläufigen Personenliste bezüglich der Ausschussvorsitze.

(siehe Abb.1)

<p><u>Diskussion Prioritätenliste</u> <u>(fraktionsinterne Wahl - mit Mehrheit angenommen)</u></p> <ol style="list-style-type: none">1. Energie und Umwelt2. Verteidigung3. Forschung4. Gesundheit & Soziales5. Finanzen6. Justiz7. Bildung8. Landwirtschaft9. Wirtschaft & Handel10. Internationale Angelegenheiten11. Kultur & Sport12. Anti-Diskriminierung <p style="text-align: right;"><i>Abb. 1</i></p>	<p><u>Wahl der vorläufigen Ausschussvorsitze:</u> <u>(fraktionsinterne Wahl - mit Mehrheit angenommen)</u></p> <p>Energie und Umwelt (Rep. Nolte) Verteidigung (Rep. Doerwald) Forschung (Rep. Anderson) Landwirtschaft (Rep. Winter-Snyder) Bildung (Rep. Jung) Gesundheit & Soziales (Rep. Steinberg)</p> <p><u>Festlegung der ersten zwei Prioritäten nach folgender Reihenfolge: (fraktionsinterne Wahl - mit Mehrheit angenommen)</u></p> <ol style="list-style-type: none">1. Umwelt und Energie2. Verteidigung <p style="text-align: right;"><i>Abb. 2</i></p>
---	--

Die republikanische Kollegin Steinberg, NE 2 wurde fraktionsintern für den Vorsitz des Ausschusses für Gesundheit und Soziales gewählt. (siehe Abb. 2) Im Parlament verloren jedoch die Republikaner diesen Vorsitz und so wurde die Demokratin Miller, WI 7 Vorsitzende dieses Ausschusses. Die Kollegin Jung, AZ 1 übernahm nach Verlust des Bildungsausschusses an die Demokraten den Vorsitz für den Kultur- und Sportausschuss. Den letzten Vorsitz erhielt die republikanische Fraktion schließlich für den Justizausschuss, dort übernahm die Kollegin Zilvar, IN 5 die Amtsgeschäfte. Das Parlament wählte mit Mehrheit⁶ den demokratischen Kollegen Scheme zum Sprecher des Parlaments (Speaker)⁷.

Nach den Wahlen der zu besetzenden Ämter waren alle Angelegenheiten der ersten Organisationsphase erledigt und die Gesetzgebungsphase konnte beginnen.

⁴ (1) Termine, (2) Ausschussportal, (3) Pressemitteilungen, (4) Vorschläge für Fachforen, (5) Protokolle & Ergebnisse, (6) Fraktionsportal, (7) Portal der MeinungsführerInnen der Ausschüsse ohne republ. Vorsitz

⁵ GegenkandidatInnen für den Fraktionsvorsitz: Rep. Prof. Dr. Nolte, NH 2; Rep. Winter-Snyder, PA 19

⁶ Mehrheit kam zustande, da einige republikanische Abgeordnete für den demokratischen Kandidaten stimmten

⁷ Gegenkandidat der republikanischen Fraktion: Prof. Dr. Nolte, NH 2

2.2 Die Rolle des republikanischen Abgeordneten

Zu Beginn der Simulation bestand bei einigen Abgeordneten noch Unklarheit darüber, ob man die Position eines echten republikanischen Abgeordneten vertreten oder ob man nach persönlichen politischen Präferenzen agieren sollte. Jedoch war es schließlich unsere Aufgabe, die Rolle eines Republikaners einzunehmen und auch einen nachvollziehbaren republikanischen Politikstil walten zu lassen. Die Mehrheit der republikanischen Abgeordneten konnte sich sehr gut mit dieser neuen Rolle arrangieren. So wurden in der Gesetzgebung und bei der republikanischen Vertretung in den Ausschüssen die typischen republikanischen Werte und konservativen Traditionen eingebunden. Grundsätzlich haben wir uns hier an der Rede des Präsidenten zur Lage der Nation orientiert. Bei der Erstellung von Gesetzen und Resolutionen gab es keinen Fraktionszwang; jedem wurde freigestellt, welche Art von Gesetzen / Resolutionen er oder sie in die Gesetzgebung einbringt.

2.3 Mein Verhältnis zum Wahlkreis 50, San Diego – Kalifornien

Wie in der Realität wollte ich in der Simulation mein Verhalten im Parlament neben der Terrorismusprävention (Präsidentenrede) nach den Interessen meines Wahlkreises ausrichten. Dabei war es wichtig, sich mit dem eigenen Wahlkreis auseinander zu setzen, die Probleme vor Ort zu verstehen und eigene, neue oder gar innovative Lösungen anzubieten. (hill style)⁸ Grundsätzlich habe ich bei meiner Agitation die von Steven S. Smith⁹ als Hauptziele eines Abgeordneten beschriebenen Punkte beachten wollen. So war es wichtig eine Politik zu fahren, die auf dem Wunsch nach Wiederwahl, einer guten Publizität, Machtbestrebung und dem Willen nach Einfluss basiert. In offenen Briefen (zählt zur Öffentlichkeitsarbeit – advertising) an die Bürgerinnen und Bürger San Diegos habe ich versucht, meine Ziele zum Wohle der Wahlkreisbevölkerung deutlich zu machen. Es wurden Versprechungen gemacht, sich im Kongress für die Belange der Bürgerinnen und Bürger San Diegos einzusetzen. Die dortigen Aussagen bezogen sich grundsätzlich auf die Verbesserung der Infrastruktur im Küstenbereich, die Reduzierung der Armutsquote auf ein Minimum und eine ökologische Reform im Sinne wirtschaftlichen Wachstums und der Ansiedelung neuer Industriesektoren im Energiebereich. Die Unterstützung lokaler Projekte und der Einsatz im Kongress für die Bereitstellung von Finanzmitteln ist ein unerlässlicher Bestandteil des Verhaltens eines Wahlkreisabgeordneten. Dies kann definiert werden durch das sogenannte pork barrel, welches die Vergabe von Regierungsgeldern für kommunale Projekte bezeichnet, um damit

⁸ Das Verhalten im Wahlkreis wurde nicht simuliert (home style), jedoch war eine Identifizierung mit dem eigenen Wahlkreis bei der Gesetzgebung und besonders bei dem Cosponsorship wichtig.

⁹ Smith, Steven S; Roberts, Jason; Wielen, Rayen Vander: “The American Congress – Third Edition”, Chapter Five, Weidenbaum Center, Washington University in St. Louis, 2003

Wählerstimmen zu gewinnen. In der Realität versucht jeder Wahlkreisabgeordnete im Kongress, die größt möglichen finanziellen Subventionen für seinen Wahlkreis zu erzielen. Dabei kann es zu Konflikten zwischen den verschiedenen Wahlbezirken kommen. Im Aufsatz von Smith heißt es: (...) „Of Course, one district’s pork is another district’s wasteful spending.“ Simon Hix¹⁰ sieht dieses Verfahren der pork-barrel politics auch auf der europäischen Ebene, wo Europaabgeordnete aber auch Interessengruppen versuchen, Finanzmittel der Europäischen Union für nationale Projekte zu erhalten: „The EU gives out pork from the Euro-barrel to those individuals and groups that ask loud enough.“ (...)

Bei allen im Parlament getroffenen Entscheidungen war es wichtig zu überlegen, ob sich die daraus resultierenden Konsequenzen nachteilig auf das eigene Ansehen im Wahlkreis auswirken. Dabei war es zum Beispiel bedeutsam, mögliche Missverständnisse aufgrund des Cosponsorships für verschiedene Gesetze und Resolutionen auszuschließen. Deshalb habe ich vor fast jeder Unterstützung eines Gesetzes / einer Resolution Bezüge zum Wahlkreis gesucht. (vgl. Abb. 3)

Gesetze / Resolutionen, die von mir unterstützt wurden	Bezüge zum Wahlkreis
<u>HR 11</u> : Errichtung einer „Arizona Youth Sports Foundation“	San Diego gilt auch als Amerikas Hauptstadt des Sports, San Diego ist bekannt für seinen Wassersport und dies ist förderlich für den Sporttourismus
<u>HR 18</u> : Gesetzentwurf zur Entwicklung und Einführung eines Nachfolgemodells für das Militärfahrzeug Humvee	Umsetzung der republikanischen Sicherheitspolitik / In San Diego habe ich von Anfang an eine verbesserte Ausstattung der US-Soldaten gefordert. In San Diego befindet sich der Marinestützpunkt Miramar / San Diego hat 13,4 % Veteranen
<u>HR 21</u> : Jugendmedienschutz	Traditionelles republikanisches Sicherheitsverständnis zum Schutz von Kindern und Jugendlichen / Unterstützung im Sinne der republikanischen Wählerschaft in San Diego
<u>HR 28</u> : Programm für Chancengleichheit bei Bildung unabhängig von sozialer Herkunft	Kontinuierliche Befürwortung Schulförderung in San Diego / Akzeptanzsteigerung der Ansiedlung von umweltfreundlichen Technologien → Gewinne sollen teilweise in den Sozialbereich fließen und zusätzliche Arbeitsplätze schaffen.
<u>HRes. 9</u> : Prüfung von Präventivmaßnahmen gegen den Iran	kein direkter Bezug zum Wahlkreis / hier Bezug zur Präsidentenrede
<u>HRes. 8</u> : Iran-Resolution	kein direkter Bezug zum Wahlkreis / hier Bezug zur Präsidentenrede
<u>HR 39</u> : Gesetz zur Verbesserung der Infrastruktur – Steinberg-Street-Act	Förderungspolitik im Straßenbau ist nützlich für den Tourismusverkehr von San Diego / Eine Aufhebung

¹⁰ Hix, Simon: „The Political System of the European Union“, Palgrave, New York 1999, S. 272

	der Geschwindigkeitsbegrenzung wird dazu führen, dass die Automobilhersteller bessere Fahrwerke bauen müssen und dies führt zu einer Absatzsteigerung auf den Weltmärkten. (vgl. Deutscher Automobilexport)
<u>HR 40</u> : GPS - Straftäter Gesetz	kein direkter Bezug zum Wahlkreis / Bezug zum traditionellen republikanischen Sicherheitsverständnis

<u>HRes. 14</u> : Yuan-Resolution	Vermeidung von Kursschwankungen und Wertverlusten wichtig, da Unternehmen San Diegos mit internationalen Großunternehmen (z.B. der südkoreanischen Schiffsindustrie) beste Geschäftskontakte pflegen.
<u>HRes. 15</u> : Südamerika-Resolution	Zustimmung der wirtschaftsfreundlichen Resolution, da San Diego direkt an der Grenze zu Mexiko liegt und ein besserer Warenaustausch von Vorteil für beide Regionen ist.
<u>HR 48</u> : Aufklärungsgesetz II	kein direkter Bezug zum Wahlkreis / Mitarbeit im Ausschuss für Gesundheit und Soziales / Republikanische Ausschussmitglieder konnten die Finanzierung zu Gunsten der republikanischen Seite manipulieren. / keine Nachteile für den Wahlkreis
<u>HRes. 18</u> : Resolution zur Unterstützung des AIDS-Research-Fonds	Mitarbeit im Ausschuss für Gesundheit und Soziales / Finanzielle Förderungen kommen auch den sozialen Einrichtungen und den Forschungsinstituten in San Diego zugute.
<u>HRes. 20</u> : Beileidsbekundung zum Tode von Johannes Rau	kein direkter Bezug zum Wahlkreis / Anerkennung des ehemaligen Bundespräsidenten der Bundesrepublik Deutschland / Deutschland als einer der engsten Verbündeten der USA und stärkster Wirtschaftspartner in Europa

Abb. 3

2.4 Die Funktion des Fraktionsvorsitzenden

Im Gegensatz zu realen Umständen wurde ich als Fraktionsvorsitzender (floor leader) nicht aufgrund besonderer früherer Leistungen als Parlamentsabgeordneter gewählt. Es gab auch keine Profilierung innerhalb der Republikanischen Partei, worauf hin mich die Mehrheit der republikanischen Fraktion zu ihrem Vorsitz hätte wählen können. Realitätsnah war aber in der Simulation die Wahl des Fraktionsvorsitzenden aufgrund der schriftlichen Bewerbung und der Beantwortung von Fragen, die die Fraktionsmitglieder an die Bewerber gestellt haben.

Folglich simulierten beide Fraktionen einen Fraktionsvorstand bestehend aus Fraktionsvorsitzendem und stellvertretendem Fraktionsvorsitzenden.

Ebenso wurde während der Arbeit in der Fraktion organisationsrechtlich klar getrennt zwischen Fraktion und Partei. So war es dem Vorstand¹¹ natürlich nicht möglich, zwei der republikanischen Abgeordneten aus der Republikanischen Partei auszuschließen, obwohl das in der Simulation der Wunsch der Fraktionsmehrheit war. (siehe 2.8)

In der Simulation habe ich stets versucht, den besonderen Status einer Fraktion im Parlament hervorzuheben. Die Fraktionsarbeit aller Mitglieder war neben der Arbeit in den Ausschüssen die für die Abgeordneten wichtigste Tätigkeit. Fraktionen sind auch in der Realität kein Organ einer politischen Partei, sondern Organeile der demokratisch legitimierten Vertretungskörperschaft. Als Fraktionsvorsitzender übernahm ich die Schlüsselposition für die Präsentation der Parteipolitik in der Öffentlichkeit, z.B. durch Pressemitteilungen, Beschlussempfehlungen bei Gesetzen und Reden im Parlament (Rede zur Generaldebatte). Aber auch innerhalb der Fraktion war ich zuständig für die Koordination der Aufgaben und die Bereitstellung von Informationen. So konnte der einzelne Abgeordnete einen zu seiner persönlichen Entscheidung befähigenden Kenntnisstand erlangen und seine Motive mit den Motiven der Fraktionsspitze bzw. der Mehrheit der Fraktion vergleichen.

Darüber hinaus erhöhte die teilweise turbulente aber produktive Vorberatung und die gemeinsame Formulierung von Positionen in der Fraktion die politische Durchschlagskraft erheblich. Aufgrund der guten Absprachen in der Fraktion konnten viele Entscheidungen in den Ausschüssen von den republikanischen Mitgliedern besser zugunsten der eigenen Wahlkreise und im Sinne der republikanischen Wählerschaft beeinflusst werden. Die häufigen Fraktionssitzungen und virtuellen Diskussionen waren nach meiner Einschätzung vorteilhaft für die Ergiebigkeit in den Ausschüssen und bei der Gesetzgebung. Bis auf wenige Ausnahmen gab es meist ein klares und eindeutiges Abstimmungsbild bei der Abstimmung über republikanische Gesetzesentwürfe im Parlament und der Hauptzweck der politischen Funktionsfähigkeit war in der Fraktion gewährleistet.

2.5 Die Funktion des Abgeordneten im Parlament

Im simulierten Parlament übernahm der gewählte Vorsitzende des Parlaments (Speaker)¹² die Sitzungsleitung. Bei der Gesetzgebung wurden die fünf Möglichkeiten (siehe Abb. 4), die auch unter realen Umständen denkbar sind, von den Teilnehmern genutzt. Die durchaus realitätsnahe Gesetzgebung war dadurch gekennzeichnet, dass der Weg der Gesetzgebung mit Hilfe der elektronischen Plattform Legsim nach dem üblichen Muster beschritten wurde ⇔

¹¹ Rep. Carl-Martin Hißler, CA 50 & Rep. Mario Doerwald, CO 6

¹² Rep. Scheme, TN 6 (D); Stellvertretender Sprecher in der Sitzung am 20.12.2005: Rep. Ebeling, IL 1 (D)

Gesetzgebung im Idealfall: Gesetzentwurf → Speaker → Zuweisung Ausschuss (Änderungen möglich) → Zustimmung → Parlament → Verabschiedung → Präsident → Zustimmung

Fünf Möglichkeiten der Gesetzgebung während der Simulation
1.) Es besteht keine Uneinigkeit bei den Abgeordneten im Parlament. ⇔ Antrag auf direkte Abstimmung nur bei Einstimmigkeit gültig.
2.) Antrag zur Außerkraftsetzung der Geschäftsordnung ⇔ Speaker ist legitimiert, den Antrag zuzulassen. → 2/3 Mehrheit für den Antrag notwendig ⇔ Änderungsanträge sind hier nicht möglich.
3.) Ausschüsse können bei einer Sitzung im Monat über einen Gesetzesentwurf direkt abstimmen lassen.
4.) Ausschüsse können beantragen, keine Änderungsanträge zuzulassen.
5.) Jedes Mitglied im Repräsentantenhaus kann die Entziehung eines Antrags aus einem Ausschuss beantragen.

Abb. 4

In den Ausschüssen fand die wichtigste Arbeit der Abgeordneten statt. In der Simulation war es eine Herausforderung, bei einem dem Ausschuss zugewiesenen Gesetzesentwurf in der Diskussion zu einem Konsens zu kommen. Die meiste Uneinigkeit zwischen den demokratischen und den republikanischen Abgeordneten lag bei der Finanzierungsfrage der Gesetze und der Umsetzbarkeit bzw. Implementation der Gesetze.

Wie auch in der Realität wurden die zu behandelnden Entwürfe teilweise in veränderter Form an den Speaker geschickt. Das in den Sozialwissenschaften bekannte Modell des Policy-Cycle konnte mit Hilfe der Simulation praxisnah verdeutlicht werden. Mit der Simulation haben wir erfahren, Probleme mit der Anwendung dieses Modells zu lösen.

Während der Simulation gab es zwischen den Fraktionsmitgliedern ständige Absprachen zum Verhalten bei entsprechenden Gesetzes- und Resolutionsentwürfen. Einige Gesetze und Resolutionen wurden gegenseitig unterstützt, um eine beidseitige Aufwertung der Entwürfe zu erreichen und somit die Chance auf Zustimmung im Parlament zu erhöhen. Eine wirkliche Zusammenarbeit mit der demokratischen Fraktion gab es im Parlament nicht, sondern nur in den Ausschüssen.

2.6 Die Ausschussarbeit

Im Seminar war ich als Abgeordneter im Bildungsausschuss und im Ausschuss für Gesundheit und Soziales (beides Beratungsausschüsse). Nach meiner Erfahrung wurde im Gesundheits- und Sozialausschuss intensiver gearbeitet als im Bildungsausschuss. Der Grund lag vermutlich bei der Schwierigkeit der Terminabsprache. Der Einsatz virtueller Ausschusstreffen funktionierte aber im Großen und Ganzen bei beiden Ausschüssen gut.

Im Bildungsausschuss wurden insgesamt zwei Gesetze behandelt und jeweils ein offizielles Ausschussergebnis ausgearbeitet. Der Entwurf zum „Fremdsprachengesetz zur Förderung der

internationalen Wettbewerbsfähigkeit“ ist in der ersten Version, die auch im Ausschuss zur Diskussion stand, vom Präsidenten mit einem Einspruch besetzt worden, da es keine Klarheit bei der Finanzierungsfrage gab. Die Initiatorin des Gesetzes, Müller¹³, hat schließlich ihren Entwurf überarbeitet und neu¹⁴ in den Gesetzgebungsweg eingebracht. Er wurde mit Zustimmung vom Parlament abgestimmt und vom Präsidenten unterzeichnet.

Eine sehr gute Zusammenarbeit gab es im Gesundheitsausschuss bei der Bearbeitung des Aufklärungsgesetzes, eingebracht von Schade, CA 9 (D). In diesem Ausschuss konnte die Vorsitzende Miller einen echten Konsens zwischen den parteiischen Mitgliedern schaffen. Das Aufklärungsgesetz HR 8 wurde mit knapper Mehrheit (ja: 12, nein: 13) im Parlament abgelehnt und war somit gescheitert. Insgesamt wurden im Gesundheits- und Sozialausschuss vier Gesetze und zwei Resolutionen behandelt, teilweise verändert, über sie abgestimmt und an den Speaker weitergeleitet.

Da in beiden Ausschüssen, in denen ich Mitglied war, das Gesetz HR 8 besprochen wurde, konnte ich die Rolle des Vermittlers zwischen den Ausschüssen einnehmen. Dadurch, dass die Bearbeitung von HR 8 im Gesundheitsausschuss sehr intensiv ablief, war es auch der Wille der dortigen republikanischen Ausschussmitglieder, dieses Gesetz nach langen Beratungen dem Speaker zu übergeben. Wir konnten den Bildungsausschuss davon überzeugen, dass die geänderte Version von HR 8 abstimmungsfähig sei. Das Gesetz HR 8 wurde umformuliert als HR 48 neu in den Gesetzgebungsprozess eingebracht und wurde im Parlament erfolgreich von den anwesenden Abgeordneten abgestimmt.

Die im Manuskript unter dem Kapitel „Committees in Congress“ beschriebene Frage zum Einfluss von Ausschüssen habe auch ich mir oftmals während der Bearbeitung der Gesetzesentwürfe und der Diskussion im Ausschuss gestellt. In der Simulation stand bei der Ausschussarbeit eindeutig die sogenannte >party-dominated committees perspective< im Vordergrund. (Deering / Smith, 3) Es war deutlich erkennbar, dass alle republikanischen Ausschussmitglieder nach den Motiven der Republikanischen- Partei bzw. der Fraktion die Gesetzesentwürfe behandelten. In der Realität gehen die Autoren davon aus, dass es keine klare Trennung der Perspektiven bei der Ausschussarbeit gibt, sondern der >policy-making-process< aus einem Mix verschiedener Einflussfaktoren (Partei, Fraktion, Wahlkreisbeziehungen, subjektive Erfahrungen) resultiert. Die einzelnen Parteien sind hier bestrebt zu wissen, welcher Abgeordnete der eigenen Fraktion in den jeweiligen Ausschüssen die

¹³ Rep. Müller, NY 12 (D)

¹⁴ Summary of Committee Consideration and Voting: Der Gesetzesentwurf ist in der früheren Fassung HR 6 bereits intern besprochen und verändert worden. Der jetzige Entwurf ist nur dahin gehend umformuliert, als dass er nicht mehr verfassungswidrig ist. 5 Ausschussmitglieder waren dafür, den neuen Vorschlag von Frau Müller ohne Änderung zu übernehmen. (Verfasserin: Schade, CA 9 (D))

Partieprogrammatik vertritt. Neben der reinen Bearbeitung und Veränderung von Gesetzesentwürfen (Form, juristische Legitimität, Finanzierung) wurde von den Mitgliedern der Ausschüsse eine eigene Kalkulation erstellt, um herauszufinden, mit welchen Reaktionen der Ausschuss bei der Weitergabe der veränderten Gesetze im Parlament rechnen muss. Insgesamt verlief die Ausschussarbeit sehr gut und in meinen Augen auch sehr realistisch. Da es in der Simulation aufgrund der zusätzlichen Komplexität keinen Senat gab, können jene Einflussfaktoren der Zweiten Kammer im US-Regierungssystem nicht analysiert werden. Die Existenz eines Senates hätte die Ergebnisse der Ausschussarbeit ganz sicher verändert.

2.7 Gesetzesentwürfe

Mein Gesetzesentwurf HR 13 und mein Resolutionsentwurf HRes 16 konnten trotz rechtzeitigen Einbringens in das Gesetzgebungsverfahren aufgrund technischer Probleme (so der Speaker) nicht mehr zur Abstimmung kommen. Jedoch wurden sowohl das Gesetz als auch die Resolution von anderen Teilnehmern der Simulation unterstützt (Cosponsorship). Bei der Erarbeitung der Gesetzesvorlage habe ich mich bewusst an der Rede des Präsidenten zur Lage der Nation orientiert und im Bereich internationale Angelegenheiten und innere Sicherheit zwei Entwürfe verfasst. Entscheidend für den Inhalt war der Abschnitt der Rede zur Terrorismusbekämpfung im Ausland bei gleichzeitigem Ausbau der inländischen Sicherheitsdienste und Heimatschutzeinrichtungen.

In der Realität würde man bei Nichtbehandlung eines Gesetzesentwurfs versuchen, diesen Entwurf in der nächsten Legislaturperiode in einer etwas geänderten Form wieder in den Gesetzgebungsprozess einzubringen.

2.8 Verhalten zum Ereignis (Der Abramoff-Skandal)

Die Parlamentssituation veränderte sich völlig aufgrund des Abramoff-Skandals. Der Skandal löste zum Schluss des Planspiels eine rege Debatte bei der republikanischen Fraktion aus, wie mit den Konsequenzen der Geldannahme durch den Fraktionsvorsitzenden umzugehen sei.

Als Simulationsteilnehmer (hier: Fraktionsvorsitzender) habe ich bewusst den realitätsnahen Weg gewählt, und (ohne Mitglieder des realen Repräsentantenhauses diskreditieren zu wollen) innerfraktionell und gegenüber meinen virtuellen MitarbeiterInnen zugegeben, dass ich finanzielle Zuwendungen des fiktiven Lobbyisten Abramoff angenommen und zugunsten dessen Industriesektors einige Entscheidungen im Parlament getroffen habe. Als Planspielteilnehmer bin ich davon ausgegangen, dass in einer solchen Situation bei dem bevorstehenden virtuellen Termin einer Wahl zum Repräsentantenhaus die

Fraktionsmitglieder geschlossen hinter ihrem Fraktionsvorsitzenden stehen und den Zeitpunkt der Wahl abwarten, bevor es zu einer möglichen Aussprache vor der Öffentlichkeit kommt.

Im Seminar haben sich jedoch sehr unerwartet drei Simulationsteilnehmer gegen diesen Weg entschieden, worauf hin ich gezwungen war, negative Schlagzeilen zu verhindern (blame avoidance). Dies ist in der Simulation nicht gelungen, da einige Fraktionsmitglieder fraktionsinterne Informationen (u.a. auch die fraktionsinterne Rede des Fraktionsvorsitzenden zum Abramoff-Skandal) an die Öffentlichkeit (an Seminarteilnehmer der demokratischen Fraktion) weitergegeben haben.

Demzufolge habe ich versucht, die Richtigkeit der in der Presse genannten Äußerungen anzuzweifeln und die Kompetenz der eigenen drei Fraktionsmitglieder in Frage zu stellen.

In meinen Pressemitteilungen an die Öffentlichkeit und im von dem Kollegen

Müller, WA 3 (D) gebildeten Untersuchungsausschuss zum Abramoff-Skandal habe ich mit bewusster Desinformation versucht, größeren Schaden von mir und der Mehrheit der Fraktionsmitglieder (von denen weitere Abgeordnete mit dem Korruptionsvorwurf belasten waren) abzuwenden.

Mit meiner fraktionsinternen Rede zum Korruptionsvorwurf und meinem Schuldeingeständnis (obwohl die finanziellen Zuwendungen der Republikanischen Partei zugute gekommen sind) konnte ich die Mehrheit der Fraktion davon überzeugen, dass sich ein Rücktritt bzw. eine Abwahl des Vorsitzenden vor dem fiktiven Wahltermin ungünstig auf die gesamte Fraktion und die Profilierung im eigenen Wahlkreis auswirken würde.

Aufgrund der fraktionsuntreuen Handlungen der Fraktionsmitglieder Rumpff, CT 2 und Stern, MI 10 wurde innerhalb der Fraktion von einigen Kollegen, besonders vom Kollegen Büschleb, CA 21 der Wunsch nach Fraktionsausschluss geäußert. Alternativ zum Fraktionsausschluss einigte sich die Mehrheit der Fraktionsmitglieder schließlich für die Versendung einer Pressemitteilung, in der sich die Mehrheit der Fraktion von den Presseäußerungen der Kollegen Rumpff und Stern distanzieren.

2.9 Wahlkampf 2006

Im Planspiel war meine Gegenkandidatin die Abgeordnete Müller (D) (Realitätsbezug: Nydia Velazquez) für den Wahlkreis 12 in New York. Der Wahlkreis 12 (Brooklyn) ist hauptsächlich gekennzeichnet durch eine klare Stadtstruktur ohne ländliche Gebiete. Der Bezirk grenzt an die Nachbarbezirke Queens und Kings. Die multikulturelle Bevölkerung ist zum großen Teil hispanischer Abstammung (48,5%).

In der Realität wäre der Republikanische Gegenkandidat im dortigen Wahlkreis der republikanische Herausforderer Paul Rodriguez (R)¹⁵, dessen Rolle ich bei der Erstellung meiner Wahlkampfstrategie einnehmen werde.

Meine Strategie soll sich im Wesentlichen auf die Fachkompetenz der Kollegin Müller bezüglich ihrer Schwerpunktsetzung¹⁶ im Sozial- und Bildungsbereich beziehen. Die Strategie würde ich mit öffentlichkeitswirksamen Handlungen in Form von Pressemitteilungen, Podiumsdiskussionen in Schulen / Universitäten und einer verbalen Profilierung in einem möglichen Rededuell gestalten. Im Seminar haben wir die vier grundsätzlichen Strategien zur Wiederwahl kennen gelernt, die aber auch für eine Gegenkandidatur nicht unwichtig sind.

credit-claiming ¹⁷	Aktionen, die populär sind
position-taking	Positionen, die populär sind
advertising	Öffentlichkeitsarbeit
blame avoidance	negative Schlagzeilen vermeiden

Als Gegenkandidat würde ich auf das Fehlen der Abgeordneten Müller im Parlament bei wichtigen Entscheidungen bezüglich sozialer Themen aufmerksam machen, siehe Übersicht:

HRes. 4: Resolution zur Ratifizierung der UN-Kinderrechtskonvention
HR 48: Aufklärungsgesetz II
HRes. 18: Resolution zur Unterstützung des AIDS-Research-Fonds

Bei der Problemschilderung des Sozialbereichs im Wahlkreis Brooklyn gibt die Kollegin an, dass sie den bestehenden zweijährigen Sprachkurs zur Immigration von Ausländern in den Vereinigten Staaten von Amerika ablehnt, da er zu kurzfristig sei. Stattdessen fordert sie aufgrund des hohen Ausländeranteils in ihrem Wahlkreis umfangreichere soziale Maßnahmen in Form von neuen, langfristig gestalteten Projekten, um eine verbesserte Integration für Ausländer zu gewährleisten. Hier könnte sich dem Gegenkandidaten eine Angriffsfläche

¹⁵ Wahlergebnisse (Election Results), Stand: 2004

¹⁶ Müller, NY 12 gründete am 30.10.2005 den Caucus: Minderheitenschutz, soziale Gerechtigkeit und Bildung

¹⁷ Gegensatz: scapegoating ⇔ Suche nach Fehlern und unpopulären Handlungen beim Gegenkandidaten

bieten, in dem er diese Forderung als nicht finanzierbar deklariert. Ferner wäre eine erweiterte Finanzierung bestehender Sozialeinrichtungen sinnvoller und würde den Haushalt weniger belasten. Die Finanzierungsfrage ist auch im realen Geschehen ein zentraler Punkt des politischen Schlagabtauschs, sowohl in den Ausschüssen, als auch auf der Parlamentsebene und bei der Erstellung der eigenen Wahlkampfstrategie eines Abgeordneten.

Im eigenen Wahlkreis (San Diego) könnte der von mir gespielte Abgeordnete die Erfolge bei den im Kongress zur erfolgreichen Abstimmung gebrachten Gesetzesentwürfe benennen. Neben den Gesetzen zur Terrorismusprävention hätte man zusätzlich noch ein Gesetz zur Tourismusförderung einbringen können, da San Diego vom nationalen und internationalen Tourismus profitiert und mit den Gästen in der Stadt der Wohlstand der Wahlkreisbewohner steigen würde. Pluspunkte habe ich mir als Abgeordneter durch die Bildung des Katastrophenschutz-Caucus¹⁸ erhofft, in dem ich mich öffentlich aufgrund der Überflutungskatastrophe in New Orleans für die Verbesserung des Hochwasserschutzes an allen US-Küsten ausgesprochen habe.

In der Simulation wurde allerdings durch den Abramoff-Skandal die Chance auf eine Wiederwahl im eigenen Wahlkreis deutlich verringert. Die öffentliche Vorladung zum Untersuchungsausschuss hätte sich in der Realität garantiert nachteilig für meine Person ausgewirkt. Ein Rücktritt vom Fraktionsvorsitz wäre nach Erhärtung des Korruptionsverdachts sicherlich notwendig gewesen.

3. Schluss / Fazit / Aussichten

Die Simulation der Arbeit eines Abgeordneten im US-amerikanischen Kongress in Kombination mit der theoretischen Vertiefung mittels des Seminars und der zur Verfügung stehenden Literatur hat mir einen besseren Einblick in die Parlamentsabläufe geboten, als es bisher der Fall war bei rein theoretischen Seminaren. Ein Seminar in dieser Form zeigte mir essentiell deutlicher die Probleme bei der Politikformulierung und Ausgestaltung aus der Perspektive eines politischen Akteurs. Insgesamt fand ich das Seminar sehr aufschlussreich und aufgrund der praktischen Nähe konnte man selbst gemachte Fehler (z.B. Fehlererkennung bei Zurückweisung von Gesetzesentwürfen durch den Präsidenten) besser erkennen und zur konstruktiven Selbstbeurteilung verwenden.

Vor Beginn der Simulation waren ideale Vorstellungen von Abstimmungsverhalten bei Abgeordneten wesentlich stärker ausgeprägt. Mit der Simulation wurden die verschiedenen

¹⁸ Der Katastrophenschutz-Caucus (DCORP) fusionierte aufgrund des Mitgliedermangels mit dem Urban Development-Caucus zum Urban Development and Disaster Control Network unter der Leitung von Anderson, TX 7 ⇔ Gegenseitige Absprache mit dem Kollegen Anderson, da u.a. die Funktion des Fraktionsvorsitzenden viel Zeit in Anspruch nahm.

Einflussfaktoren, die das Verhalten des Abgeordneten mehr oder weniger stark beeinflussen, deutlicher. Viele der getroffenen Entscheidungen würden nach meiner Einschätzung bei der Ausklammerung der vielen Faktoren (Wahlkreisprofilierung / pork barrel politics, republikanische Werte und Traditionen / Republikanische Wählerschaft, Verhalten der Gegnerfraktion, Fraktionszwang) andere, vielleicht auch unrealistische Ergebnisse hervorrufen.

Besonders gut hat mir die von der Seminarleitung erstellte Einteilung der Seminarsitzungen in verschiedene Modi (Seminar-, Parlaments-, Fraktionsmodus) gefallen. Somit wurde stets die Übersicht des gesamten Ablaufs einer Seminarsitzung gewahrt. Zudem wurde in den Seminarsitzungen bei inhaltlichen Erklärungen der Kongresssystematik der Vereinigten Staaten von Amerika immer ein Bezug zum Deutschen Regierungssystem hergestellt. Die Unterschiede zwischen dem amerikanischen System und dem System der Bundesrepublik Deutschland lagen vorwiegend in den Bereichen Wahlsystem, Parteiabhängigkeit und Fraktionsdisziplin. In der Simulation mussten einige Abgeordnete und auch ich selbst feststellen, dass wir selbst sehr stark vom deutschen System geprägt sind, was die Fraktionsdisziplin und die Parteiabhängigkeit betrifft. Im US-Kongress hat der einzelne Abgeordnete eher die Möglichkeit, individuelle Entscheidungen zugunsten seiner eigenen Profilierung im Wahlkreis zu treffen, ohne in einen Konflikt mit der Partei- oder Fraktionsführung zu kommen. Auch konnte deutlich gemacht werden, dass die Parteiabhängigkeit in Deutschland stärker ist als für die Abgeordneten im US-Kongress. Bei einer neuen Staffel des Planspiels wäre es vorteilhaft, wenn jeder Abgeordnete nur eine begrenzte Anzahl an Gesetzen und Resolutionen in den Gesetzgebungsprozess einbringen darf, da es bei dieser ersten Simulation zu einer Gesetzesflut am Ende des Seminars kam, sodass über einige Gesetze und Resolutionen nicht mehr abgestimmt werden konnte. Zudem wäre es ggf. auch von Vorteil, wenn jeder Abgeordnete nur in einem Ausschuss als Mitglied vertreten ist, da während der Seminarsitzungen oftmals mehrere Fachsitzungen gleichzeitig stattfanden (Fraktionssitzung und zwei Ausschusssitzungen fanden oft parallel statt.) Sehr gut gefallen hat mir der Abschluss der Legislaturperiode in Form einer Präsentation der zu erstellenden Wahlplakate sowie die offizielle Uhrkundenverleihung (Legsim-Preise) für verschiedene Kategorien (Political Leadership, Coalition-Building).

Ich hoffe, dass es in absehbarer Zeit ein ähnliches oder gleiches Seminar für weitere Studierende an der Universität Potsdam geben wird, damit neben den rein theoretischen Seminaren auch ein praxisnahes Seminar existiert.

4. Quellenverzeichnis

Deering, Christopher J., Smith, Steven S.: "Committees in Congress", 3. Auflage, CQ Press, Washington, 1997 (Kapitel 1 und 2)

Hix, Simon: „The Political System of the European Union“, Palgrave, New York 1999, S. 272

Korte, Karl-Rudolf: "Wahlen in der Bundesrepublik Deutschland", 4. Auflage, Bonifatius Druck Buch Verlag, Bonn, 2003

The Almanac of American Politics, URL: <http://www.nationaljournal.com/almanac>
(Wahlkreis 50, San Diego, Wahlkreis 12, New York)

Smith, Steven S.: "The American Congress", 3. Auflage, Boston: Houghton Mifflin, 2003

Nutzung der elektronischen Plattform: „Legislative Simulation“ der Universität Washington,
URL: <http://www.legsim.org>

5. Übersicht zu den Mitgliedern der Fraktionen

Demokratische Fraktion	Republikanische Fraktion
Rep. <u>Bartlau (D)</u> (CA 10)	Rep. <u>Anderson (R)</u> (TX 7)
Rep. <u>Bassin (D)</u> (NY 7)	Rep. <u>Büschleb(R)</u> (CA 21)
Rep. <u>Ebeling (D)</u> (IL 1)	Rep. <u>Doerwald (R)</u> (CO 6)
Rep. <u>Glaser (D)</u> (GA 13)	Rep. <u>Einhaus (R)</u> (IL 10)
Rep. <u>Holz (D)</u> (OR 1)	Rep. <u>Fangmeyer (R)</u> (IA 5)
Rep. <u>McGhourg (D)</u> (MA 3)	Rep. <u>Hißler (R)</u> (CA 50)
Rep. <u>Miller (D)</u> (WI 7)	Rep. <u>Jung (R)</u> (AZ 1)
Rep. <u>Müller (D)</u> (NY 12)	Rep. <u>Kupfer (R)</u> (LA 1)
Rep. <u>Müller (D)</u> (WA 3)	Rep. <u>Lehnert (R)</u> (FL 4)
Rep. <u>Pahl (PA 1)</u>	Rep. <u>Nolte (R)</u> (NH 2)
Rep. <u>Quandt (NY 22)</u>	Rep. <u>Paetow (R)</u> (WY 0)
Rep. <u>Reth (D)</u> (TX 30)	Rep. <u>Robson (R)</u> (UT 1)
Rep. <u>Roberts (NC 4)</u>	Rep. <u>Rose (R)</u> (VA 2)
Rep. <u>Rooster (D)</u> (MN 4)	Rep. <u>Rumpff (R)</u> (CT 2)
Rep. <u>Schade (D)</u> (CA 9)	Rep. <u>Steinberg (R)</u> (NE 2)
Rep. <u>Scheme (D)</u> (TN 6)	Rep. <u>Stern (R)</u> (MI 10)
Rep. <u>Turner (D)</u> (AL 7)	Rep. <u>Vollmer (R)</u> (MO 6)
Rep. <u>Witte (D)</u> (CA 31)	Rep. <u>Winter-Snyder (R)</u> (PA 19)
Rep. <u>Zeitler (D)</u> (TX 17)	Rep. <u>Zilvar (R)</u> (IN 5)